

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 78 (2005)

Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Axalp: Einblicke in das Können der Luftwaffe



Patrouille Suisse, Formation Delta.

Archivbilder Schweizer Luftwaffe



F/A-18C Hornet.

-r. Die Fliegerdemonstrationen auf der Axalp im Berner Oberland gehört zu den jährlichen Attraktionen der Schweizer Luftwaffe. Gezeigt wird dabei ein übliches Training in fliegerisch schwieriger Umgebung. Der Gebirgsschiessplatz Ebenfluh, über der Axalp auf 2250 Meter über Meer gelegen, ist auf zwei Seiten durch nahe Berge begrenzt. Gegen Westen ist der Platz etwas offener, Richtung Norden liegt tief unten der grünblaue Brienzersee. Inmitten dieses schroffen Geländes in rasantem Tempo die fliegerische Schiessfertigkeit zu trainieren, verlangt von den Miliz- und Berufspiloten höchste Präzision und sichere Beherrschung der Maschine. Die diesjährige Demonstration konnte bei idealen Wetterverhältnissen durchgeführt werden. Geboten wurde ein rund achtzigminütiges Programm. Den Auftakt machten die Cougar-Helikopter. Die Milizpiloten der Fliegerstaffel 8 führten mit acht Tiger F-5 Zielübungen aus unterschiedlichen Angriffsgeometrien auf verschiedene Erdziele durch. Der österreichische Verteidigungsminister Günther Platter zeigte sich beeindruckt von den Leistungen von Mensch und Material. Dazu die «Neue Zürcher Zeitung»: Österreich sei sehr zufrieden mit den von der Schweiz gemieteten Tigern und ebenso über die engere Zusammenarbeit der beiden Luftwaffen. Die F/A-18 stellten schliesslich ihre Wendigkeit bei der Abgabe von Kriegsgarben mit der sechsläufigen 20-mm-Gatling-Kanone unter Beweis. Das Defilee der Hornets im Verband sowie der meisterliche Auftritt der Patrouille Suisse bekräftigten den Ruf der «Fliegerdemo Axalp», fliegerisches Können auf höchstem Niveau zu bieten. Den zweistündigen Aufstieg von der Axalp zur Ebenfluh haben über dreitausend Personen auf sich genommen.

Bundesrat Rudolf Minger

«Neben der hohen Intelligenz besass Minger vor allem Humor und Gemüt. Ohne sie hätte er nie in so hohem Mass die Gunst und das grosse Vertrauen des Volkes erworben, wie sie vor ihm kein Bundesrat besessen und wie sie wohl kaum so rasch einer wieder erwerben wird.»

Hermann Wahlen, Bundesrat Rudolf Minger, Bauer und Staatsmann, 2. Aufl. Bern 1965, S. 215.

VON OBERST
ROLAND HAUDENSCHILD

Persönlichkeit und Zeitgeist

Am 13. November 1881 wird Rudolf Minger als Sohn einer Bauernfamilie in Mülchi geboren, wo er seine Jugendzeit verbringt. Sein Wunsch ist schon früh, selber Bauer zu werden. Daneben ist es seine Überzeugung, dass ein Schweizer seinem Land als Soldat dienen muss. Er rückt 1901 in die Infanterie-Rekrutenschule in Bern ein und wird 1903 zum Leutnant brevetiert. 1906 bietet sich die

Gelegenheit in Schüpfen einen Bauernhof zu erwerben (der Hof steht noch heute und ist unter dem Namen Mingerhof bekannt). Ein Glücksfall für den jungen Bauernsohn, was ihm die gewünschten erweiterten Perspektiven bringt. Minger ist jedoch nie in einem politischen Gremium seiner langjährigen Wohngemeinde Schüpfen gesessen. Er gelangt über einen Umweg in die Politik.

1909 wird Rudolf Minger Präsident der landwirtschaftlichen Genossenschaft Schüpfen und zwei Jahre später Mitglied des Vorstandes und der Verwaltungskommission des bernischen Genossenschaftsverbandes. Er



Die beiden Freunde Rudolf Minger und General Guisan

Bundesrat Minger und Oberstkorpskommandant Guisan am Defilee

Minger und der General in Saigueléger



Bilderquellen: Eidgenössische Militärbibliothek / Edgar Scherz

hat massgeblichen Anteil an der Förderung der Landwirtschaftlichen Genossenschaften im Kanton Bern, die Selbsthilfeorganisationen im bäuerlichen Sektor sind.

Während des Ersten Weltkrieges, in welchem er Aktivdienst leistet, reift die Idee, eine Bauernpartei zur Interessenwahrung der Landwirte zu gründen; daneben ist auch vorgesehen, dass das Gewerbe und die mittelständischen Bürger mitmachen. Am 28. September 1918 wird die Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, heute Schweizerische Volkspartei, SVP) gegründet, weitgehend das Verdienst von Rudolf Minger. Im gleichen Jahr stimmt das Schweizervolk der Proporzionalwahl des Nationalrates zu, damit verliert der Freisinn in der nächsten Nationalratswahl seine Mehrheitsposition. Am 25. Oktober 1919 wird Rudolf Minger in den Nationalrat gewählt und wird Präsident der BGB-Fraktion. Die BGB erringt auf Anhieb die Hälfte der bernischen Nationalratsmandate. Der Nationalrat ist das eigentliche politische Wirkungsfeld von Rudolf Minger; er setzt sich vor allem für die Landwirtschaft und die Armee ein. Beim Eintritt in den Rat bekleidet er im Militär den Grad eines Majors.

Rudolf Minger ist eine ausgeprägte Persönlichkeit, vereinfacht gesagt ein Naturtalent. Seinen Erfolg als Parteigründer, Führer der Partei, Politiker und Staatsmann verdankt er sowohl den Zeitumständen am Ende des Ersten Weltkrieges wie auch seiner Persönlichkeit. Er besitzt ein sicheres Gespür, erkennt die Aufgaben und kann die Möglichkeiten abwägen sowie schliesslich Entscheidung treffen. Neben Fingerspitzengefühl besitzt er auch die notwendige Tatkraft, die zum Erfolg führt. Er bleibt immer der Einfachheit verpflichtet und der Ausspruch «I bin nume-n-e Puur, aber das bin I» drückt seine Lebensphilosophie bestens aus.

Die Krisenjahre nach dem Ersten Weltkrieg zeichnen die Schweiz; es herrschen Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen. Dem Bauernstand geht es schlecht, die Landwirtschaft befindet sich in einer Krise, die so hofft man, mittels einer vernünftigen Preis- und Handelspolitik gelöst werden kann.



Rudolf Mingers Tätigkeitsgebiete als Nationalrat sind einerseits die bäuerliche

Wirtschaftspolitik, andererseits die Militärpolitik

Nach dem Ersten Weltkrieg ertönt überall der Ruf «Nie wieder Krieg»; in der Schweiz lehnen die Sozialdemokraten die Armee und die Wehrkredite ab. Selbst bürgerliche Parlamentarier zeigen wenig Begeisterung und Verständnis für die Armee (eine Ähnlichkeit mit heute ist nicht zu verkennen). Nicht so Minger: Er bekennt sich zur Armee, sieht ihren Wert und setzt sich für sie ein!

Für die Beratung der Truppenordnung 1925 (TO 25) erstattet Minger als Kommissionspräsident im Nationalrat Bericht; er setzt sich für die Aufhebung der Sparmassnahmen und

die Herstellung des gesetzlichen Zustandes der Militärorganisation ein. Die TO 25 wird vom Rat angenommen. Auch für die neue Landsturmorganisation von 1929 hat sich Minger gegen das Sperrfeuer der Sozialdemokraten ein- und durchgesetzt.

Als Nationalrat erfreut sich Rudolf Minger eines wachsenden Ansehens bei allen Ratsfraktionen. Dank seinem Rednertalent und als sachkundiger Debattierer, mit unverwundlichem Humor, sowie durch seine Freundlichkeit gewinnt er rasch Freunde.

Er bekleidet 1927 das Amt eines Vizepräsidenten und 1928 jenes des Präsidenten des Nationalrates, damit ist er höchster Schweizer. Bereits Ende 1929 sind zwei Vakanzen im Bundesrat zu verzeichnen. Am 12. Dezember 1929 wird Rudolf Minger im ersten Wahlgang zum Bundesrat gewählt; er ist der erste Vertreter der BGB im Bundesratskollegium.

Kurz nachher, am 31. Dezember 1929, wird Minger zum Oberst befördert und beschliesst damit seine erfolgreiche militärische Laufbahn.

Landesregierung und Wehrbereitschaft

Rudolf Minger übernimmt im Januar 1930 das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) als Nachfolger des am 14. November 1929 verstorbenen Berner Bundesrates Karl Scheurer. Das EMD war damals wie heute kein begehrtes Departement. Ein Ratskollege soll Minger gesagt haben, diesen Posten werde ihm kein Bundesrat streitig machen!

Die europäischen und schweizerischen Entwicklungen sowohl politisch, wirtschaftlich und militärisch, lassen Bundesrat Minger unverzüglich den Kampf um die Armee aufnehmen. Völkerbund und Genfer Friedenskonferenzen sind keine Garantie für den Weltfrieden; Diktaturen entstehen und die europäischen Mächte der 1930er-Jahre rüsten vielmehr auf.

Die Sozialdemokraten bekämpfen noch immer sowohl die Armee als auch die Rüstungsausgaben. Sie sind der Meinung, in einem bewaffneten Konflikt müsste die Armee rasch kapitulieren, deshalb sei sie überflüssig. Minger betrachtet die Armee als ein Instrument des Friedens, die in Europa ihren Stellenwert besitzt, wenn sie gut ausgerüstet und ausgebildet die schweizerische Neutralität erfolgreich schützen kann. Auf die Dauer erweisen sich die Auseinandersetzungen im Parlament mit den Sozialdemokraten betreffend Wehrkredite als unfruchtbar. Minger beschreitet einen neuen Weg. Er wendet sich an das arbeitende Volk, um es von der Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung zu überzeugen; er will die Basis für die Armee verbreitern.

Der Auftakt zu mehreren Reden über «Unsere Landesverteidigung» erfolgt am 26. Oktober 1930 in Gränichen. Der Chef des EMD beginnt mit einem geschichtlichen Rückblick, geht über zum Ausbau des Sozialstaates, um zu erklären, weshalb die Schweiz neu-

So sprach Rudolf Minger am 11. Jan. 1944
im Alhambraaal in Bern zu 2000 Zuhörern



tral bleiben wird und eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee braucht, um in Europa ernst genommen zu werden. Die Armee sei die einzige Garantie des nationalen Fortbestandes. Der Erfolg der Rede ist umwerfend und lässt das Schweizervolk aufhorchen, die Arbeiterschaft eingeschlossen. Ein Umschwung in den Gesinnungen setzt ein.

In der Folge normalisiert sich die Ausbildung in Schulen und Kursen wieder, die Bestimmungen der Militärorganisation werden befolgt. Es wird aber Geld für die seit Jahren dezimierten Materialreserven gebraucht. Zur Überprüfung des häuslicherischen Umgangs mit den vorhandenen finanziellen Mitteln wird im EMD eine Sparkommission eingesetzt, die nicht nur die Ausgaben überprüft, sondern auch materielle Lücken aufzeigt.

Nach fünf Jahren erfolgreichen Wirkens wird Rudolf Minger 1935 Bundespräsident; als erster Bauer beklei-

det er dieses Amt seit dem Bestehen des Bundesstaates von 1848. Gerühmt wird seine Fähigkeit den Kontakt zwischen Bundesrat und Volk herzustellen, wie auch zwischen Volk und Armee.

Die Zeit von 1933 bis 1939 kann als die Phase des eigentlichen Wiederaufbaus der Schweizer Armee angesehen werden, für welchen Bundesrat Minger die Verantwortung trägt. Die Schweiz werde einen künftigen Krieg nur überstehen, wenn die Armee und die Wehrbereitschaft intakt seien. In seiner berühmten Rede vom 9. Juli 1933 in Windisch wirbt Bundesrat Minger für die Finanzen zum Ausbau der Armee. Die Bewaffnungsvorlage wird Ende 1933 vom Parlament angenommen.

Die zweite wichtige Vorlage betrifft die Ausbildung der Armee. Sie wird am 24. Februar 1935 in der Volksabstimmung angenommen.

Eine neue Bewaffnungsvorlage von 235 Millionen Franken soll mit der

Sommaire

Rudolf Minger a conservé sa popularité jusqu'à nos jours. A partir de 1920 il s'est engagé au Conseil national pour l'armée suisse. Il a continué son chemin, élu Conseiller fédéral, dès 1930. C'est lui qui a pu avoir du parlement les crédits nécessaires pour le matériel, l'armement et l'instruction de notre armée à ne pas oublier l'organisation des troupes de 1938. Au début de la 2^{ème} guerre mondiale, en septembre 1939, l'armée était mobilisée et prêt à défendre le pays, c'est l'oeuvre de Rudolf Minger.

Wehranleihe 1936 durch die Beteiligung des Schweizer Volkes finanziert werden. Die Wehranleihe wird um 100 Millionen Franken überzeichnet, ein eindrücklicher Beweis des Volkes für seine Armee.

Neben der Bewaffnung und der Ausbildung muss auch die Organisation der Armee verbessert werden. Die entsprechende Truppenordnung gelangt 1936 in die eidgenössischen Räte. Die Organisation des Heeres ist den neuen Bedürfnissen der Landesverteidigung anzupassen. Die Grenztruppen werden reorganisiert, ebenso die 3 Gebirgsbrigaden, 9 Divisionen und 3 Armeekorps. Im Herbst 1936 haben Ständerat und Nationalrat die neue Truppenordnung (verschiedentlich als TO 36 bezeichnet) angenommen; sie wird auf den 1. Januar 1938 als TO 38 in Kraft gesetzt.

Mit neuen Ausbildungsmassnahmen wird 1939 die Verlängerung der Wiederholungskurse und der Rekrutenschulen vom Parlament beschlossen. Durch die reibungslose Kriegsmobilmachung (Allgemeine Mobilmachung) vom 2. September 1939 beweist die Armee ihre Bereitschaft zur Pflichterfüllung.

Würdigung

Nicht zum Thema aber trotzdem erwähnt werden muss die langjährige Freundschaft von Bundesrat Rudolf Minger mit General Henri Guisan, die auf gegenseitiges volles Vertrauen aufbaute; dieses Einvernehmen hat wesentlich zum guten

Wehrklima vor und während des 2. Weltkrieges beigetragen. Entscheidend ist, dass sich die beiden von Anfang an gut verstanden und zeitlebens in Freundschaft verbunden waren. Minger hat denn auch die Wahl Guisans zum General 1939 gut vorbereitet.

Auf Ende 1940 ist Rudolf Minger aus dem Bundesrat zurückgetreten, um wieder nach Schüpfen zurückzukehren. Er starb nach einem aktiven Ruhestand, in welchem er in landwirtschaftlichen Organisationen mitarbeitete und sich für den Bauernstand einsetzte, am 23. August 1955. «An der eindrücklichen Trauerfeier in Schüpfen kam die Verehrung, die dem Bauern im Bundesrat bekundet wurde, noch einmal spontan zum Ausdruck.» (Hermann Böschstein. Zum hundertsten Geburtstag von Rudolf Minger, in: NZZ, Nr. 264, 13. November 1981, S. 35).

Am Sonntag 14. August fand in der Kirche Schüpfen die Gedenkfeier des 50. Todestages von Bundesrat Rudolf Minger statt (ARMEE-LOGISTIK berichtete kurz darüber). Über 700 Personen nahmen am eindrücklichen Anlass teil. Bundespräsident Samuel Schmid zeigte anhand von Zitaten, wie aktuell die Aussagen von Rudolf Minger zu Armee, Partei und Gesellschaft heute noch sind. Bei der Kranzniederlegung auf dem Friedhof Schüpfen bei strömendem Regen wurde der Kenner der Geschichte unweigerlich an eine Episode aus Mingers Leben erinnert. Minger spricht 1947 in Zollbrück unter freiem Himmel, als es zu regnen beginnt. Ein Grossrat mit Regenschirm will Minger be-

Unwetter haben Spuren hinterlassen

Der bundeseigene Technologiekonzern Ruag rechnet wegen der August-Unwetter erstmals in seiner Geschichte mit einem Verlust. Die gesamte Schadensumme wird auf rund 160 Millionen Franken geschätzt.

BdU/-r. Die Unwetter hätten die Ruag an mehreren Standorten getroffen – besonders stark in Altdorf, teilte das Unternehmen mit. Wasser, Schlamm und Geröllmassen hätten im Urner Werk modernste Anlagen für die Metallbearbeitung gänzlich ver-

wüstet. Auch neun Wochen nach den Unterwettern habe die Produktion erst teilweise wieder hochgefahren werden können.

Festhalten am Standort Altdorf

Wie der «Bote der Urschweiz» berichtet, werde zurzeit überprüft, welche Betriebsteile in Altdorf wieder hergestellt werden. Es könne zu Produktionsverschiebungen oder gar zu Stilllegungen kommen, sagte Ruag-Sprecher Bruno Frangi. Grundsätzlich aber halte die Ruag am Standort Altdorf fest. Unter den 250 in den

betroffenen Bereichen tätigen Beschäftigten im Urner Hauptort werde es zu einem Abbau kommen. In welchem Umfang könne heute aber noch nicht gesagt werden.

Die hohe Schadensumme durch die Unwetter könne nicht vollumfänglich durch Versicherungsleistungen ausgeglichen werden. Ruag rechnet daher nach einem Betriebsgewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) im ersten Halbjahr von 26 Millionen Franken nun für das Gesamtjahr erstmals mit roten Zahlen. Dank solider Eigenkapitalbasis könne der Verlust jedoch verkraftet werden.

WIRTSCHAFT

Ruag: Von 80 auf 100 %

-r. Der Technologiekonzern Ruag hat per 1. April 2002 das Geschäft mit kleinkalibriger Munition von Dynamit Nobel in Deutschland übernommen und es mit den eigenen Aktivitäten der neu gegründeten Ruag Ammotec zusammengeführt. Nun hat der Konzern per 30. September seine bisherige 80-Prozent-Beteiligung auf 100 Prozent aufgestockt. Ruag produziert in der Schweiz, Deutschland und Schweden qualitativ hoch stehende Kleinkaliberprodukte für Streitkräfte, Behörden, Jäger und Sportschützen. «Mit der vor vier Jahren eingeführten Wachstumsstrategie konnte der Geschäftsteil mit kleinkalibriger Munition erfolgreich stabilisiert werden», bekräftigt die Firmenleitung. So realisierte das Unternehmen in dem Bereich einen Jahresumsatz von 240 Millionen Franken und beschäftigt derzeit rund 1300 Mitarbeitende. Das sind circa 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. In Thun und Fürth (Deutschland) wird in mehreren Schichten produziert. Mit den renommierten Marken Sintox, RWS, Rottweil, Hirtenberg, Norma und Swiss P ist Ruag führend im europäischen Markt.

Abschaffung der Chefs Kommissariatsdienst

«05.1128 – Anfrage». Unter dieser Registriernummer reichte Nationalrat Kurt Fluri am 4. Oktober eine Anfrage ein wegen der Abschaffung der Chefs Kriegskommissariatsdienst in der Schweizer Armee.

-r. Aus dem eingereichten Text kann entnommen werden, wie erst Anfang 2005 bekannt geworden sei, dass per Ende 2004 die Chefs Kommissariatsdienst in den Stäben der Grossen Verbände, d.h. der elf Brigaden und vier Territorialregionen der Schweizer Armee, abgeschafft worden seien. Dazu Nationalrat Fluri: «Die Chefs Kommissariatsdienst waren die fachtechnischen Vorgesetzten aller Quartiermeister, Fouriere, Truppenbuchhalter, Küchenchefs und Truppenköche des entsprechenden Grossen Verbandes. Mit ihrer an der Öffentlichkeit nicht bekannten klammheimlichen Abschaffung hat man dem Kommissariatsdienst in den Stäben der Gros-

schirmen. Minger wehrt dankend ab: «Herr Grossrat, heit nid Müeh, e so nes milds Früehligsrägeli tät mim Wachstum ou no guet.» (Hermann Wahlen, Bundesrat Rudolf Minger, Bauer und Staatsmann, 2. Aufl., Bern 1965, S. 215-216). Vielleicht hätte der Regen am vergangenen 14. August auch noch bei dem einen oder andern der zahlreich anwesenden Magistraten ein Wachstum bewirkt!

sen Verbände einen Bärendienst erwiesen und ihn seiner Spitze beraubt. Bei der Funktion Chef Kommissariatsdienst handelte es sich um eine typische Aufgabe für Milizkader; diese Offiziere zeichneten sich durch eine hohe Motivation und ein kompetentes Fachwissen aus. Der Chef Kommissariatsdienst ist aus dem ehemaligen Kriegskommissär hervorgegangen, einer Schlüsselfunktion der «Hellgrünen», die seit dem 17. Jahrhundert und in der modernen eidgenössischen Armee seit 1875 besteht; deshalb interessiert die Begründung für deren Abschaffung.

Der Bundesrat wird ersucht, auf folgende Fragen Auskunft zu geben:

1. Wer hat im VBS den Antrag gestellt, die Chefs Kommissariatsdienst in der Armee auf Ende 2004 abzuschaffen? Wer hat ihn weitergeleitet und wer hat am Ende entschieden?
2. Mit welchen Argumenten wurde der Antrag begründet?
3. Mit welchen Argumenten wurde der Antrag gutgeheissen?
4. Wurden die Milizverbände zur Stellungnahme vor dem Entscheid begrüsst?

Wahrlich, eine gewaltige Ladung von Fragen. Auf die Beantwortung können wir gespannt sein.

Begriff der Wehrpflicht überprüfen

nzz./-r. Milizoffiziere aus dem Umfeld der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» (ASMZ) haben den Bundesrat aufgefordert, eine klare Strategie für die Armee vorzulegen. In einem Communiqué schreibt die «ASMZ», diese Strategie müsse sich auf einen aktualisierten sicherheitspolitischen Bericht stützen. Wie Louis Geiger, Chefredaktor der «ASMZ», sagte, fusst der aktuelle Bericht noch auf einer Risikoeinschätzung aus dem Jahr 2000. Verschiedene strategische Parameter wie etwa der Krieg gegen den Terror und der höhere Stellenwert der inneren Sicherheit seien deshalb nicht adäquat berücksichtigt. Auch müsse der Begriff der Wehrpflicht überprüft werden.

Geiger kritisierte ferner, die Aufträge an die Armee seien zu vage formuliert. Man könne ihr nicht nur allgemein die Raumsicherung auftragen, sondern müsse ihr messbare Vorgaben machen, etwa darüber, welche strategischen Räume sie zu schützen habe.

Alt Nationalrat Jean-Pierre Bonny sagte, der Armee fehle heute ein klares Konzept, weshalb auch die Motivation innerhalb der Armee sinke und Zweifel in der Bevölkerung aufkämen. Er plädierte dafür, den Fokus stärker auf den Terror als potenzielle Hauptbedrohung des Landes zu richten und den Bevölkerungsschutz bei Naturkatastrophen auszubauen.

Innovation: Bestnote für das EFD

BERN. – mp. Eine Fallstudie des Eidgenössischen Finanzdepartementes EFD zur Einführung eines Shared Service Center Bund erhielt im Rahmen des Executive MBA in den Räumlichkeiten der Universität Zürich den ersten Preis der Jury. Die vom EFD durchgeführte Studie weist nach, dass durch die gezielte Zusammenlegung operativer Tätigkeiten in den Bereichen Finanzen, Personal und Logistik die Qualität der Leistung gesteigert, die Dienstwege verkürzt und die Kosten gesenkt werden können.

Die aus Wirtschaftsvertretern zusammengesetzte Jury erteilte dem innovativen Projekt die Bestnote. Das Shared Service Center wird vom EFD im Rahmen der Bundesverwaltungsreform 2005/07 pilotiert und soll danach für die ganze Bundesverwaltung zur Anwendung kommen.

Das Leben ist nur nach vorwärts interessant.

Th. de Chardir

AUFGESCHNAPPT

Bundesgeld für Drohnen

BERN. – Die Schweiz beteiligt sich mit rund 12 Millionen Franken an zwei ausländischen Projekten zur Entwicklung von bewaffneten Drohnen. «Das Geld wird über sechs Jahre verteilt in die Projekte fliessen», sagte VBS-Sprecher Sebastian Hueber zu einem Bericht des «Blick». Die 12 Millionen würden weniger als ein Prozent der gesamten Kosten betragen. Das Verteidigungsdepartement erhofft sich davon Erkenntnisse über die Abwehr von unbemannten Flugzeugen.

Kosovo: Soldat verkaufte VBS-Material

BERN. – r. Wie «20 Minuten» aufdeckt, soll ein Swisscoy-Soldat der Friedenstruppe Armeematerial zum Bau einer Brücke an zivile Kosovo-Albaner verkauft haben und das Geld in die eigene Tasche gesteckt haben. Mit den Einnahmen gestaltete er sich seinen Einsatz im Kosovo etwas

«feuchtfrohlicher» und gab das Geld vor allem für Alkohol aus.

«Schweiz gegen Frankreich»

SCHWEIZ. – r. Nein, diesmal gings nicht um eine spannende Fussballaustragung in Bern. Vom 25. bis 27. Oktober fand in den Kantonen Luzern, Aargau und Solothurn die Übung «Chess» der Fliegerabwehrtruppen statt. An «Chess» nahm ebenfalls ein rund 30-köpfiges Detachement der französischen Fliegerabwehr teil. Die Franzosen wurden in eine Routineübung der Mittleren Fliegerabwehr Abteilung 45 integriert. Dazu Jürg Nussbaum, Chef Kommunikation Luftwaffe: «Für die schweizerische Fliegerabwehr besteht das Ziel der gemeinsamen Übung darin, die Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit und die dazu notwendigen Kenntnisse zu erweitern.» Zudem befand sich eine Delegation der Schweizer Luftwaffe vom 17. Oktober bis 4. November mit drei F/A-18 zu Trainingszwecken bei der Armée de l'Air française.

30 Offiziere aus 7 Nationen als Militärbeobachter ausgebildet

Vom 10. bis 28. Oktober fand im Grossraum Stans der 14. Schweizer Militärbeobachterkurs statt.

Schweizer und internationale Instrukturen bilden die Offiziere, normalerweise ab Rang eines Hauptmannes, zu UNO-Militärbeobachtern aus.

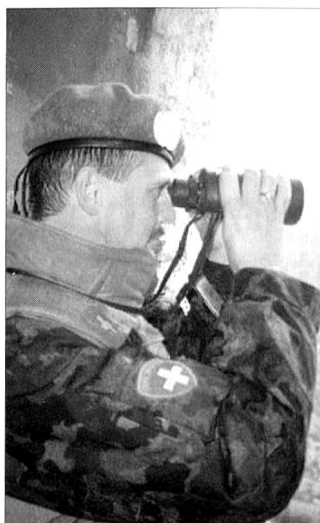


Foto: VBS/Internet

sprechregeln und Lektionen über die UNO und deren friedenserhaltenden Missionen rundeten die Ausbildung ab. Kurssprache war ausschliesslich Englisch.

Militärbeobachter sind stets unbewaffnet. Als militärische Experten überprüfen sie die Einhaltung von Waffenstillstandsvereinbarungen und Friedensverträgen. Sie werden landläufig als «Blaumützen» bezeichnet und gelten als «Augen und Ohren» der jeweiligen UNO-Mission. Voraussetzung für eine Militärbeobachtermission sind ein klar definiertes Mandat (UNO-Resolution), das Einverständnis der ehemaligen oder möglichen Konfliktparteien, das Einverständnis der Truppen stellenden Staaten und eine gesicherte Finanzierung.

Zur Zeit stehen 19 Schweizer Offiziere als UNO-Militärbeobachter im Einsatz: zehn im Nahen Osten (UNT-SO), vier in Georgien (UNOMIG), zwei in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) und drei in Eritrea/Äthiopien (UNMEE).

Für die Auswahl, Ausbildung, Ausrüstung und Ablösung der Schweizer Militärbeobachter zeichnet das Kompetenzzentrum SWISSINT verantwortlich, das Einsatz führenden Kommando der friedensfördernden Einsätze der Armee. Der Militärbeobachterkurs wird vom Ausbildungszentrum SWISSINT ausgerichtet und steht unter dem Kommando von Oberst i GSt Christoph Brun.

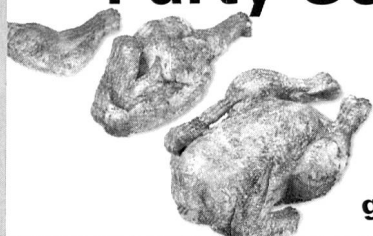
STANS. – pd. Während drei Wochen lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Besonderheiten der Aufgabenschwerpunkte «Patrolling» (Patrouillieren) «Observing» (Beobachten), «Reporting» (Rapportieren) und «Negotiation» (Verhandeln). Die Auffrischung medizinischer Grundkenntnisse, Geländefahrschule, Übermittlungstechniken, Funk-

802 illegale Grenzgänger

r. Wie die österreichische Fachzeitschrift «Der Soldat» berichtet, griffen im Grenzüberwachungsbereich zur slowakischen und ungarischen Staatsgrenze Assistenzsoldaten des Bundesheeres im vergangenen August 802 Personen auf, die illegal die Grenze überschritten. 123 Personen wurden durch Abweisung am illegalen Grenzübertritt gehindert.

Die Anzahl der Aufgriffe im August zeigt eine deutliche Steigerung gegenüber den vorangegangenen Monaten – im Juni waren es 279 und im Juli 330 Personen – und ebenso gegenüber den im Vergleichszeitraum August 2004 aufgegriffenen 457 Personen. Eine allgemeine Steigerung der illegalen Grenzübertritte kann zurzeit auf Grund des kurzen Beobachtungszeitraumes noch nicht vorausgesagt werden. Dazu der Autor Major Wolfgang Gröbming: «Die meisten illegalen Grenzgänger (492) wurden in den Bereichen Berg und Kittsee aufgegriffen. Die meisten Flüchtlinge (426) kamen aus Russland und Moldawien (107 Personen).»

Party-Service



**Güggeli
Bratkartoffeln
Salate**

gut und preiswert

Ihr Kompanieabend einmal anders ...

bequem:

- Wir kommen zu Ihnen in die Kaserne, in den Wald, an den See ...
- Sie benötigen keine Kücheneinrichtung
- Sie überlassen die Küchenarbeiten uns
- Sie bezahlen nur die gebratenen Esswaren

unsere Stärke:

- leistungsfähige Grills (100-120 Personen/Std.)
- absolute Hygiene
- nur ausgebildetes Schweizer Personal
- ausschliesslich Schweizer Produkte aus ökologischen und tiergerechten Anbau- und Produktionsbedingungen

Testen Sie uns! Fragen Sie Ihre Kollegen!



Referenzliste siehe
www.guets-gueggeli.ch
Tel. 071 950 06 55



Auftrag für Schützenpanzer

Der Technologie- und Rüstungskonzern Ruag hat einen Auftrag über 13 Millionen Franken zur Lieferung von Schutzsystemen für Schützenpanzer der niederländischen Armee erhalten.

-r. Wie das «Urner Wochenblatt» berichtet, soll die Auftragsabwicklung im nächsten Jahr beginnen. Die Tochtergesellschaft Ruag Land Systems liefere 184 Kits Dachschränke sowie 100 Kits leichte Seitenschürzen mit. Den Liefervertrag hat Ruag

mit der schwedischen Landsystems Hägglunds geschlossen, die von der niederländischen Armee zum Generalunternehmen für die Schützenpanzer vom Typ CV90/35 bestimmt worden ist.

Die neuen Leichtbau-Schutzelemente von Ruag sind patentiert, das Spezialunternehmen sei auf diesem Gebiet konkurrenzlos, heisst es in einer Mitteilung. Die austauschbaren Elemente sollen gegen so genannte Bomblets (Streubomben) und Artilleriesplitter schützen.

«Zwischenbilanz»

Der Brief von Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee, ist kurz und knapp mit «Zwischenbilanz» überschrieben und wendete sich an sein Personal.

Wie «Facts» am 13. Oktober berichtete, ging er an alle Angestellten des Departements Verteidigung im VBS. «Nach halber Amtszeit zieht Armeechef Christophe Keckeis, der in zwei Jahren das Kommando abgeben wird, ein zwiespältiges Fazit: Zwar sei bei der Realisierung der Armee XXI Pionierarbeit geleistet worden, jedoch müssen wir noch viel besser werden und uns immer wieder einem dynamischen Umfeld stellen», macht Keckeis klar und meint damit den verordneten Personalabbau, der einen weiteren Ab- und Umbau erzwingt. Keckeis kritisiert: «Die Art und Weise der Führung dieses Umbaus befriedigt mich noch nicht.», schreibt Andreas Schmid.

Dass sich der Armeechef mit einem Brief persönlich an sein Personal wende, «entspreche seinem direkten Kommunikationskonzept», sei von seinem Sprecher Felix Endrich gesagt worden. Die Aussagen im Schreiben seien klare Absichtserklärungen. «Sie sind bereits in konkrete Projekte eingeflossen», kann weiter in «Facts» nachgelesen werden.

Aber noch nicht genug: Tadel und Lob, Kritik und Motivation: Keckeis spiele in seinem Brief auf allen Saiten. Die Ausgangslage sei heikel genug: Anfang September musste der Chef der Armee 4300 Berufs- und Zeitmilitärs, Schiessplatzwart und Krankenpflegern mitteilen, dass sie

ab dem 1. Januar 2006 ihre Kranken- und Nichtberufsunfall-Versicherung selbst bezahlen müssen. Das bedeutet eine jährliche Lohneinbusse von 3960 Franken. Die Stimmung im Departement sei entsprechend gedrückt. Das wisse Keckeis («Es muss uns gelingen, aus der schleichenden Negativspirale im personellen Bereich auszubrechen»): «Die schwierige finanzielle Lage im VBS darf nicht länger im Personalbereich aufgefangen werden», heisst es im Brief.

«swiss-Persona» reagierte

Inzwischen hat auch der Personalverband reagiert und bekräftigt, dass der Bundesrat auf berechnete Klagen des Berufsmilitärs eingehen wolle. «Bundespräsident Samuel Schmid hat vor dem Nationalrat Massnahmen in Aussicht gestellt, um die negativen Auswirkungen des dem militärischen Berufspersonal zugemuteten Leistungsabbaus zu mindern. Für das Instruktorenkorps soll es wieder echte Perspektiven geben.» Dazu der Wortlaut aus der Personalzeitung: «Als im Rahmen des Entlastungsprogramms die Prämien für die Militärversicherung auf die Instruktoren abgeschoben wurden, regte sich unter der Bundeskuppel niemand sonderlich auf. Möglich, dass in der Zwischenzeit die Klagen der von solchen Abbaumassnahmen Betroffenen doch das eine oder andere Politikerohr erreicht haben. Denn in der Herbstsession hatte VBS-Chef Schmid gleich zu zwei Vorstössen Stellung zu nehmen, welche die Probleme beim Berufsmilitär zum Thema haben.» ARMEE-LOGISTIK bleibt am Ball.

Juan F. Gut

-r. Am 1. Oktober hat Juan F. Gut seine Stelle als oberster Personalchef des Bundespersonals angetreten. Der durch den Bundesrat gewählte Juan F. Gut hat Jahrgang 1948, ist Inhaber eines Lizentiats in Staatswissenschaften und absolvierte eine abwechslungsreiche Karriere in der Privatwirtschaft und in verschiedenen Staatsfunktionen. Zuletzt war er mit dem Aufbau einer verwaltungsinternen Beratungsstelle für Spitzenkader des Bundes beauftragt.

Dem neuen Direktor des EPA stehen schwierige Aufgaben bevor. So hat er sich unter anderem dem Personalwesen nach den neuen, ständig ändernden politischen Vorgaben und der Revision des Pensionskassengesetzes anzunehmen.

Als ehemaliger Generalsekretär des VBS (1996–2004) kann davon ausgegangen werden, dass er die (noch) anstehenden Probleme in den Betrieben der LBA, in der Mil Sich und bei den Instruktoren bestens kennt...

Wieder Soldaten am WEF

-r. Zur Sicherung des Weltwirtschaftsforums (WEF) vom 25. bis 29. Januar in Davos stellt der Bundesrat wiederum maximal 5500 Armeeangehörige zur Verfügung. Erneut unterstützt er auch einen interkantonalen Polizeieinsatz. Die Landesregierung erwartet von allen Beteiligten, dass das gemeinsam vereinbarte Kostendach von acht Millionen Franken für die Sicherheit eingehalten wird.

VBS soll nicht der Bildung weichen

-r. Der Bundesrat lehnt es ab, das Verteidigungsdepartement (VBS) aufzuteilen und an dessen Stelle ein Departement für Bildung, Forschung und Innovation zu schaffen. Er will deshalb von fünf gleich lautenden Motionen nichts wissen, die National- und Ständeräte aus allen vier Regierungsparteien im Juni deponiert hatten.

Konkret haben die Bildungspolitiker Hermann Bürgi und Theophil Pfister (beide SVP), Johannes Rand-

egger (FDP), Kathy Riklin (CVP) und Hand Widmer (SP) vorgeschlagen, einen Teil des VBS dem Auswärtigen Amt (EDA) zuzuschlagen. Mit dem Rest sollte das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zum Sicherheitsdepartement erhoben werden. Dies aber ergäbe laut Bundesrat «weit mehr Schnittstellen im sicherheitspolitischen Bereich, als heute vorhanden sind».

Übermittlungssystem kostet 155 Millionen Franken

-r. Für rund 155 Millionen Franken hat die armasuisse das Datenübermittlungssystem Data Link für F/A-18-Kampfflugzeuge gekauft. Den Zuschlag zum Geschäft hat Thales RaytheonSystems erhalten, wie das amerikanisch-französische Unternehmen mitteilte. Die Beschaffung des Systems als Teil des Überwachungs- und Einsatzleitsystems Florako war schon im Rüstungsprogramm 04 beschlossen worden. Damit können technische und taktische Daten digital zwischen der Einsatzzentrale und den Kampfflugzeugen ausgetauscht werden.

Nachtragskredit

-r. Zähneknirschend unterstützt die Sicherheitskommission des Nationalrats einen Zusatzkredit von 11,5 Millionen Franken für die Kosten des Transfers von EDV und Kommunikationssystemen der Luftwaffe in den Skyguide-Neubau in Dübendorf. Vor drei Jahren hatten die Räte einen ersten Kredit von 10 Millionen Franken dafür bewilligt.

Reformvorschläge

-r. Der Bundesrat soll bei der Reform der Geheimdienste vorerst das Zepher selbst in der Hand behalten. Die nationalrätliche Sicherheitskommission folgte dem Ständerat und hiess eine Motion gut, die den Bundesrat beauftragt, zu prüfen, wo es Reformen bei den Nachrichtendiensten braucht. Ursprünglich wollte der Nationalrat mit der Motion den Bundesrat beauftragen, eine neue umfassende Gesetzesgrundlage auszuarbeiten. Dem Ständerat ging dieser Auftrag zu weit und die Motion wurde umformuliert.